

Es gilt das gesprochene Wort!

Landtag Mecklenburg-Vorpommern
Fraktion DIE LINKE

09. Dezember 2022

MdL Jeannine Rösler

TOP 48

Aussprache gemäß § 43 Nummer 2 GO LT zum Thema
**Gemeinsam durch die Krise: Land und Kommunen
stehen partnerschaftlich und verlässlich zusammen**
(auf Antrag der Fraktion der SPD)

Frau Präsidentin,
meine Damen und Herren,

zunächst nutze ich diese Aussprache, um mich namens meiner Fraktion bei der kommunalen Familie, bei allen kommunalen Akteuren zu bedanken. Ob in den Verwaltungen, in den kommunalen Betrieben und Einrichtungen, ob als haupt- oder ehrenamtliche Bürgermeister und Bürgermeisterinnen, ob als kommunale Vertreterinnen und Vertreter in den Städten, Gemeinden und Landkreisen. Jeden Tag sorgen sie engagiert dafür, dass es vor Ort läuft. Jeden Tag arbeiten sie mit großem Einsatz für den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Und das oft unter schwierigen und schwierigsten Bedingungen. Alle Krisen kamen und kommen auch in unseren Kommunen zusammen: die Pandemie mit den riesigen Herausforderungen für nahezu alle kommunalen Bereiche, die hohen Energiekosten, die steigende Inflation, die Unterbringung der Geflüchteten und die zunehmenden Verwaltungsaufgaben. Unsere Städte, Gemeinden und Landkreise sind jetzt seit Jahren im Stresstest. Und dabei beweisen sie ihre Stärken und ihre Fähigkeit, schnell zu handeln, gut miteinander zu kooperieren und Probleme offensiv anzupacken. Unsere Kommunen sind ohne jeden Zweifel systemrelevant. Ohne sie würden Demokratie und Daseinsvorsorge in schweres Fahrwasser geraten, das ist uns sehr bewusst. Daher ist es nur folgerichtig, wenn Kommunen eine starke Unterstützung von Bund und Land einfordern. Für das Land können wir mit Fug und Recht sagen, dass es nach Kräften unterstützt und hier ganz klar in die Verantwortung geht. Dies zeigen insbesondere die Ergebnisse des Kommunalgipfels - Vereinbarungen, die gemeinsam, auf Augenhöhe, in einem fairen intensiven Arbeitsprozess und in einem respektvollen Austausch erzielt werden konnten. Auch dafür an alle Beteiligten ein herzlicher Dank.

Meine Damen und Herren,

entscheidend ist, dass wir die kommunalen Finanzen stärken. So steigen bereits in 2023 die Finanzausgleichsleistungen um ca. 43 Mio. Euro. Dazu kommen die Gemeindesteuern, die etwa 50 Mio. Euro mehr in die kommunalen Kassen spülen. Besonders wichtig und richtig ist es, dafür zu sorgen, dass die Kommunen weiter investieren können. Der Bedarf ist nach wie vor riesig. Hier unterstützt die bewährte Infrastrukturpauschale auch im kommenden Jahr mit 150 Mio. Euro. 50 Mio. Euro mehr als ursprünglich geplant, davon 30 Mio. Euro aus zusätzlichen Landesmitteln. Von dem zu erwartenden positiven Abrechnungsbetrag des

Kommunalen Finanzausgleichs profitieren Städte, Gemeinde und Landkreise bereits auch im kommenden Jahr. Denn ein erheblicher Teil, und zwar 35 Mio. Euro gehen direkt in die Schlüsselzuweisungen. Ein weiterer Teilbetrag, jeweils 10 Mio. Euro für die Jahre 2023, 2024 und 2025, stockt die Sonderbedarfszuweisungen auf 25 Mio. Euro auf. Auf diese Mittel sind gerade die finanzschwachen Kommunen angewiesen. Denn auch sie müssen investieren, etwa in Schulen, Sportplätze oder Feuerwehrgerätehäuser. Hier helfen Sonderbedarfszuweisungen – klar, wünschen wir uns hier immer noch mehr, aber das ist das Machbare und gerade in Zeiten steigender Preise folgerichtig.

Meine Damen und Herren,

in einem riesigen Kraftakt sorgen die Kommunen dafür, dass Geflüchtete Schutz finden und untergebracht werden. Die Ministerpräsidentin hat darauf verwiesen, was das Land leistet, um die Kommunen bei den flüchtlingsbedingten Kosten zu entlasten. Das bleibt auch künftig so, darauf kann sich die kommunale Ebene verlassen. Ebenso steht das Land zu seiner Finanzverantwortung, wenn die Kommunen Vorsorge für den Katastrophenfall treffen. Das Land übernimmt auch hier die Kosten für die unbedingt notwendigen Sach- und Dienstleistungen. Für die Städte, Ämter und Gemeinden ist dies eine ganz wichtige Aussage. Denn viele Verantwortliche fragen sich, wie sie die zusätzlichen Kosten stemmen sollen. Keine Gemeinde wird hier beispielsweise mit den Kosten für Notstromaggregate oderalleingelassen.

Aus dem Härtefallfonds unterstützen wir den Katastrophenschutz mit zusätzlichen 5 Mio. Euro, die Schulen mit 10 Mio. Euro und die Kitas mit 5 Mio. Euro.

Auch das hat eine deutlich entlastende Wirkung in der Krise.

Alle vereinbarten Maßnahmen und selbstverständlich auch das Plus an Steuereinnahmen bringen insgesamt spürbare Verbesserungen in der Finanzausstattung.

Alles zusammengenommen reden wir über 185 Mio. Euro mehr.

Das ist ein starkes Signal und spricht für den Zusammenhalt von Land und Kommunen.